

*P/SN-375/ME*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 600.987/22-V/7/94

An das  
Bundesministerium für  
Unterricht und Kunst

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappzettel	
Betrifft <b>GESETZENTWURF</b>	
Zl. ....	<i>21-GE/19 94</i>
Datum: <b>20. MRZ. 1994</b>	
Verteilt .....	

Ihre GZ/vom

GZ 13.875/1-III/72/94  
21. März 1994 und  
GZ 12.772/2-III/2/94  
23. Februar 1994

*D. Klausgruber*

**Betrifft:** Beirat für die ungarische Volksgruppe;  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz und das SchUG geändert werden;  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Grundsätze für land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen geändert wird;  
Stellungnahme

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst erlaubt sich zu den o.z. do. Gesetzentwürfen mitzuteilen, daß der Beirat für die ungarische Volksgruppe mit Schreiben des Vorsitzenden vom 26. März 1994 (beim Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst eingelangt am 13. April 1994) bzw. vom 10. April 1994 die nachstehenden Stellungnahmen abgegeben hat.

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz und das SchUG geändert werden:

"Die Intentionen des vorliegenden Entwurfs als Konsequenzen aus den in den Erläuterungen dezidiert genannten SchUG-Novellen finden volle Zustimmung.

- 2 -

Gegen die vorliegenden Änderungen dieses Bundesschulgesetzes und die spezifischen neuen SchUG-Passagen (§ 64 bzw. § 82) besteht kein Einwand."

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Grundsätze für land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen geändert wird:

"Der Beirat für die ungarische Volksgruppe findet die Überlegungen zur Beseitigung der allgemeinen Schulpflicht bzw. die Schaffung des neuen gesetzlichen Rahmens für schlüssig; die vorgeschlagenen Änderungen zu den Grundsatzbestimmungen (d.s. § 2 Abs.1 und 2: Verpflichtung neben Freiwilligkeit) werden bejaht."

25 Ausfertigungen der Stellungnahmen ergehen u.e. an das Präsidium des Nationalrats.

19. April 1994  
Für den Bundeskanzler:  
TICHY

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

